

**Haushaltsrede  
zur Einbringung des Haushaltes 2025  
der Stadt Frankenthal (Pfalz)**

**Beigeordneter Bernd Leidig  
Stadtratssitzung am Mittwoch, 6. November 2024**

- Es gilt das gesprochene Wort! -

***Folie 1 (Titelblatt)***

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Meyer,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Knöppel,  
meine sehr geehrten Damen und Herren des Stadtrates,

***Folie 2 (Rahmenbedingungen der Haushaltsaufstellung)***

Mitte Oktober erschien die Ausgabe des Handelsblatts in besonderer Form. Mit der Schlagzeile auf dem Titelblatt „Der Zukunftsplan – 60 Ideen, die Deutschland voranbringen“, widmete sich die gesamte Ausgabe den Fragen zur Zukunft unseres Landes. Ich darf aus dem Editorial – also dem Vorwort – zitieren:

*Wird das Land künftig wirtschaftlich in der Weltspitze mitspielen? Mit hier entwickelter Hochtechnologie? Als Magnet für die talentiertesten jungen Menschen? Oder gibt sich Deutschland mit dem vierten, fünften oder sogar zehnten Platz zufrieden[...]?*

Und weiter:

*Es wäre aber auch zu einfach, die Schuld für die aktuelle Lage allein „der Politik“ zuzuschreiben.*

*Schließlich ist der Zustand der Ampelkoalition auch das Abbild einer Gesellschaft, die sie gewählt hat und die selbst nicht genau weiß, was sie will. Zitat Ende.*

Schließlich stellt der Redakteur in den Raum, dass es die Deutschen bisher gerne gehört hätten, dass sich die Welt zwar verändere, aber wir uns selbst nicht verändern müssten und alles so bleiben könne wie es ist. Und dass sich in so einer Gesellschaft nur schwer Mehrheiten für Reformen organisieren ließen und eine mangelnde Konsensfähigkeit es nicht leichter machen würden. Themen wie die problematischen Folgen der Migration würden die Agenda, die es natürlich zu bearbeiten gilt, bestimmen, die aber gewiss nicht das einzige Problem und letztlich der Schlüssel zur Lösung seien.

Soweit das Handelsblatt.

Mein Schluss aus den umfänglichen Betrachtungen dieser Ausgabe, so einfach das auch klingen mag ist, dass wir erstens die Debatten über all die Zukunftsfragen suchen und führen müssen und zweitens, auch das ist keine neue Weisheit, die Gespräche miteinander und nicht übereinander führen müssen. Und so ähnlich ist es auch in der letzten Woche – und damit nähere ich mich unserer kommunalen Ebene – beim Wirtschaftsforum hier im CongessForum angeklungen. Wir müssen analysieren, die Themen und Herausforderungen annehmen und mit allen Akteuren zielorientiert sprechen und handeln, um letztlich zu gemeinsamen Lösungen zu kommen.

In Frankenthal, und da erlaube ich mir die Freiheit für den gesamten Stadtvorstand und die Verwaltung zu sprechen, ist diese Bereitschaft vorhanden. Wir nahmen und nehmen die Herausforderungen an und entwickeln Lösungen und Ergebnisse. Dies alles ist allerdings dann aber auch im Lichte der personellen Leistungsfähigkeit und der ausreichenden Verfügbarkeit von finanziellen Mitteln zu sehen. Womit wir nun beim Haushalt unserer Stadt gelandet wären. Und damit komme ich auch zu der Darstellung hier auf der Leinwand.

Sie alle kennen die Geschichte des Barons von Münchhausen, der sich seiner Not gewahr wird, mitsamt seinem Pferde im Morast eines Grabens zu versinken. Sie erkennen vielleicht meine beabsichtigte Anspielung, dieses Bild auf die finanzielle Lage der Kommunen zu übertragen. Und damit es für uns noch etwas plastischer wird, darf ich aus einer Nacherzählung zitieren:

*Schon ging mir die nachgiebige Masse, in der wir rettungslos zu versinken drohten, bis über die Hüfte, und nur mein Oberkörper und des Pferdes Hals und Kopf waren noch frei. – Da, meine Freunde, galt es schnelle Hilfe! – Ich umklammerte mit beiden Schenkeln fest das edle Tier, erfasste mit der freien Rechten meinen eigenen Zopf und – zog mich samt dem Pferde glücklich in die Höhe. Wir setzten darauf in leichtem Trabe unsern Heimweg fort.*

Nun meine Damen und Herren, die Botschaft dieser Erzählung ist im Kern nicht die Lügengeschichte als Solche, sondern die Herausstellung einer ausweglosen Situation, aus der man nur herauskommt, indem bestehende Möglichkeiten oder Gesetzmäßigkeiten ad absurdum geführt werden.

In unserem Falle also die Frage, ob wir uns mit Blick auf die Haushaltslage tatsächlich am eigenen Schopf aus dem Schlamassel ziehen, und danach „im leichten Trab“ unseren Weg fortsetzen könnten. Diese Frage dürfte hier im Saal wohl unbestritten und einstimmig mit einem klaren NEIN beantwortet werden. Zu lange schon liegen die Fakten auf dem Tisch und wurden hier in diesem Haus und auf anderen politischen Ebenen diskutiert und beklagt. Und wir sind ja bekanntlich nicht alleine. Inzwischen scheint es so, dass alle pfälzischen kreisfreien Städte keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen werden. Die Kommunen sind überfordert mit immer weiter zunehmenden Aufgabenzuweisungen, die von Bund und Land nicht auskömmlich finanziert werden. Förderprogramme lösen keine strukturellen Probleme.

Insofern rufe ich auch heute wieder den Verantwortlichen in Bund und Land zu, dem Ruf der Kommunen Gehör zu schenken und für nachhaltige Maßnahmen für die Sicherung der Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen.

Um zum Bild des „Packens am eigenen Schopfe“ zurückzukehren, halte ich an dieser Stelle aber auch fest, dass wir hier in Frankenthal, auch bei der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2025, uns angesichts des Haushaltsdefizites nicht auf den Standpunkt des Fingerzeigens auf Bund und Land zurückgezogen haben. Mit einem zunächst drohenden Defizit von deutlich über 30 Millionen Euro konnten wir das Haushaltsdefizit bis zur heutigen Einbringung „mit der größtmöglichen Kraftanstrengung“ auf nun 15,7 Millionen reduzieren. Geholfen hat dabei auch, soviel Lob und Ehrlichkeit muss sein, ein deutliches Mehr an Schlüsselzuweisungen von über 14 Millionen Euro seitens des Landes. Hier wirken sich einerseits die Aufstockung des kommunalen Finanzausgleiches durch das Land aus.

Die traurige Seite der Medaille ist dabei allerdings, dass die erhöhten Schlüsselzuweisungen an die Stadt Frankenthal u.a. Ergebnis der abgeschwächten Steuerkraft unserer Stadt ist.

Meine Damen und Herren,

auch wenn wir Ihnen heute einen Haushaltsplan mit einem unerfreulich hohen Defizit vorlegen, so kann ich für uns – den Stadtvorstand und die Verwaltung – den Anspruch erheben, dass wir alle Register gezogen und die von uns geforderte „größtmögliche Kraftanstrengung“ ernst genommen und auch umgesetzt haben, um somit einen aus unserer Sicht genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen. So haben wir einen Konsolidierungsprozess für den Kernhaushalt eingeleitet, den wir mit Ihnen gemeinsam weiter vorantreiben wollen. Wir haben parallel dazu den Stadtkonzern auf den Prüfstand gestellt und suchen hier nach neuen Strukturen, um die Defizite dort abzubauen. Wir haben bei den Investitionen klare und auch schmerzliche Priorisierungen vorgenommen. Wir haben uns eine Verwaltungsmodernisierung auf die Fahne geschrieben mit dem Ziel, effizienter und digitaler zu werden.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich in aller Kürze noch einige wesentliche Eckpunkte des vorgelegten Haushaltsplanentwurfes benennen.

Der Haushalt weist keine Erhöhungen des Hebesatzes bei der Gewerbesteuer aus.

Den Auswirkungen der Grundsteuerreform, auf die Herr Oberbürgermeister Dr. Meyer bereits eingegangen ist und die auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2018 zurückgehen wurde so begegnet, dass die Grundsteuer A und B im Haushalt aufkommensneutral angesetzt wurden.

Wesentliche Einflussfaktoren für das Defizit sind:

- Der Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen
- Die Steigerung der Aufwendungen der sozialen Sicherung
- Die Steigerung der Personal- und Sachkostenabrechnung der Kitas freier Träger
- Die Verlustausgleiche für die Stadtklinik und den EWF

### ***Folie 3 (Eckdaten Ergebnishaushalt 2025)***

Meine Damen und Herren,

kommen wir zum Zahlenwerk, den Eckdaten und Schwerpunkten der Haushaltseinbringung für das Jahr 2025. Diese stellen sich im Einzelnen wie folgt dar.

Im Entwurf des Ergebnishaushaltes ist ein Gesamtbetrag der Erträge in Höhe von 184,5 Millionen Euro vorgesehen. Dem stehen Aufwendungen in Höhe von 199,02 Millionen Euro gegenüber.

Unter Berücksichtigung des Saldos aus Zins- und sonstigen Finanzerträgen bzw. Aufwendungen ergibt sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 15,7 Millionen Euro.

#### ***Folie 4 (Eckdaten Jahresfehlbetrag Entwurf 2025)***

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 15.704.110 Euro ergibt sich im Ergebnis- und Finanzhaushalt aus dem laufenden Ergebnis (Fehlbetrag) aus Verwaltungstätigkeit (Pos. 16) in Höhe von -14.523.270 Millionen Euro und dem Saldo aus den Zins- und sonstigen Finanzerträgen und Aufwendungen (Pos. 19) in Höhe von -1.180.840 Millionen Euro.

#### ***Folie 5 (Erträge)***

Meine Damen und Herren,

betrachten wir uns die Anteile der Ertragsseite näher. Die drei größten Positionen, die zusammen rund 87% der Erträge ausmachen, sind die Steuern, die Zuwendungen und Umlagen und schließlich die Erträge der sozialen Sicherung.

Die Steuern und ähnlichen Abgaben, diese stellen rund 36% der Erträge dar, sind im Ansatz mit 67,92 Millionen Euro gegenüber dem Nachtragsplan 2024 um 1,92 Millionen Euro erhöht angesetzt.

Die Zuwendungen und Umlagen machen ebenfalls etwa 36% der Erträge aus und steigern sich um 14,61 Millionen Euro gegenüber dem Nachtragsplan 2024 auf nunmehr 66,26 Millionen Euro.

Die Erträge der sozialen Sicherung, diese machen etwa 15% der Erträge aus und sind mit 27,33 Millionen Euro veranschlagt. Hier ist der Ansatz gegenüber dem Nachtragsplan 2024 um rund 2,62 Millionen Euro deutlich gemindert.

Insgesamt ergibt sich somit bei den drei Hauptpositionen der Erträge im Saldo eine Steigerung um 13,91 Millionen Euro- gegenüber dem Nachtragsplan 2024.

### ***Folie 6 (Steuern und ähnliche Abgaben)***

Im Einzelnen stellen sich die Einnahmen aus Steuern und ähnlichen Abgaben wie folgt dar.

Von den veranschlagten 67,90 Millionen Euro entfallen als wesentliche Einnahmen rund 40% auf die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer mit 27,31 Millionen Euro. An zweiter Stelle folgt mit rund 28% der Steuereinnahmen die Gewerbesteuer mit 19,0 Millionen Euro.

Auf die Grundsteuer B entfallen rund 18% der Steuereinnahmen, was veranschlagten 12 Millionen Euro entspricht.

Mit 4,32 Millionen Euro bleibt der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer stabil. Die Vergnügungssteuer wird gegenüber dem Vorjahr mit 2,16 Millionen Euro deutlich höher angesetzt und orientiert sich somit am Nachtragsplan 2024.

### ***Folie 7 (Entwicklung Gemeindeanteil an der Einkommensteuer)***

Der größte Steuereinnahmeposten ist der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer.



Dieser steigt im Vergleich der Vorjahre mit veranschlagten 27,13 Millionen Euro weiterhin an und bewegt sich auf einem hohen Niveau.

### ***Folie 8 (Entwicklung Gewerbesteuer)***

Zur Gewerbesteuer sei vorausgeschickt: Der Haushaltsplanentwurf sieht keine Gewerbesteuererhöhung vor. Bei gleichbleibendem Gewerbesteuerhebesatz von 420 Punkten sinken die Gewerbesteuereinnahmen gegenüber dem Spitzenjahr 2022 von 24,62 Millionen Euro im Plan 2024 über 21,80 Millionen Euro in 2023 auf nunmehr 19,0 Millionen Euro. Ein Rückgang in vier Haushaltsjahren um 5,62 Millionen Euro, die in den Planungen aufzufangen waren.

An dieser Stelle wiederhole ich meine Ausführungen aus dem letzten Jahr, weil ich diesen Aspekt für die weitere Stadtentwicklung der nächsten Jahre für sehr wichtig halte. Es ist festzustellen, dass die Gewerbesteuereinnahmen der Stadt in Relation zur Einwohnerzahl im Vergleich der kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz unterdurchschnittlich sind. Es besteht also Handlungsbedarf bei der Entwicklung von Flächen sowie der Ansiedlung von Gewerbe.

### ***Folie 9 (Aufwendungen)***

Die Aufwendungen stellen sich im Einzelnen wie folgt dar. Diese werden mit insgesamt 202,34 Millionen Euro veranschlagt. Gegenüber dem Nachtragsplan 2024 eine Steigerung in Höhe von 13,36 Millionen Euro. Die drei Hauptposten der Aufwendungen bilden, sortiert nach deren Höhe, die Personal- und Versorgungsaufwendungen, die Aufwendungen der sozialen Sicherung und die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

(Gebäudeunterhalt, Mieten sowie Ver- und Entsorgungskosten etc.), die zusammen rund 78% der Aufwendungen ausmachen.

### ***Folie 10 (Personal- und Versorgungsaufwendungen)***

Den größten Block stellen dabei die Personal- und Versorgungsaufwendungen mit 67,45 Millionen Euro dar, was einer Steigerung gegenüber dem Nachtragsplan 2024 um 6,68 Millionen, oder um rund 11% entspricht. Hierbei sind Personalmehrung und Tarifierhöhungen berücksichtigt.

### ***Folie 11 (Aufwendungen im Bereich der sozialen Sicherung)***

Zweitgrößter Block bei den Aufwendungen stellen die Aufwendungen der sozialen Sicherung mit 53,72 Millionen Euro und somit einer Steigerung gegenüber dem Nachtragsplan 2024 um rund 620.000 Euro dar. Die Aufwendungen der sozialen Sicherung beinhalten unter anderem die Leistungen zur Eingliederung von Arbeitssuchenden, die Kosten der Unterkunft und Heizung oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, der Eingliederungshilfen und der Jugendhilfe.

Aufgegliedert dargestellt fallen dabei auf den Sozialbereich 38,6 Millionen Euro und auf den Jugendbereich 15 Millionen Euro.

Die Entwicklungen der Fallzahlen und Kostensteigerungen bei den Hilfetragern und Leistungserbringern lassen keine Entlastungen erwarten.

### ***Folie 12 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)***

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, das sind Kosten für Gebäudeunterhalt, Mieten, die Ver- und Entsorgung, liegen mit 36,34 Millionen Euro der Höhe nach im Bereich der Veranschlagung des Nachtragsplanes 2024. Hier schlagen sich gegenüber dem Vorjahr Aufwandsminderungen vor allem im Bereich der Energiekosten nieder.

### ***Folie 13 (Zuwendungen, Umlagen, sonst. Transferaufwendungen)***

Unter den Zuwendungen, Umlagen und sonstigen Transferaufwendungen laufen u.a. die institutionellen Zuschüsse, die Bezirksverbandsumlage, die Verbandsumlage für das Kinderzentrum oder die Zuschüsse an freie Träger von Kindertagesstätten sowie die Verlustausgleiche der Stadtklinik und des EWF. Der seit 2023 und nochmals gegenüber dem Jahr 2024 deutlich erkennbare Anstieg gegenüber den Vorjahren erklärt sich aus dem Anstieg der Verlustausgleiche für die Stadtklinik und den EWF sowie die Mehrkosten für Personal- und Sachkosten der Kitas freier Träger infolge des Kita-Gesetzes.

### ***Folie 14 (Zinsaufwand)***

Der Zinsaufwand ist im Plan 2025 mit 3,32 Millionen Euro veranschlagt und sinkt somit gegenüber dem Nachtragsplan 2024 um rund 1,2 Millionen Euro. Hier wirken sich die Herabsetzung des Leitzinses sowie der Effekt der Entschuldung durch das Landesprogramm „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz“ aus.

Im Rahmen des Entschuldungsprogramms wurden 101 Millionen Euro, das sind 63% der anrechnungsfähigen Liquiditätsschulden, vom Land Rheinland-Pfalz übernommen.

### ***Folie 15 (Entwicklung der Verschuldung)***

Die Entwicklung der Netto-Neuverschuldung der Stadt können Sie in der nun dargestellten zeitlichen Abfolge, getrennt nach Liquiditäts- und Investitionskrediten ansehen. Gegenüber dem Nachtragsplan erhöht sich die Gesamtverschuldung um 5,6 Millionen Euro auf 167,6 Millionen Euro. Der positive Effekt der Entschuldung der Liquiditätskredite durch das Landesprogramm „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen“, der in diesem Jahr zum Tragen kam, zeigt zwar Wirkung bei den Zinsaufwendungen, zugleich zeigt sich aber mit erneutem Anwachsen des Liquiditätskreditbestandes das strukturelle Problem der kommunalen Haushalte, das mit der Entschuldung allein nicht gelöst wird.

### ***Folie 16 (Neuverschuldung)***

Die Neuverschuldung im Plan 2025 ergibt sich aus einem Bedarf an Investitionskrediten in Höhe von 20,46 Millionen Euro. Abzüglich der Tilgung in Höhe von 4,67 Millionen Euro ergibt sich eine Nettoneuverschuldung investiv von 15,79 Millionen Euro.

Insgesamt 10,63 Millionen Euro sind in den Planzahlen des Haushaltes 2025 für Liquiditätssicherungskredite vorgesehen.

Daraus ergibt sich schließlich ein Finanzmittelfehlbetrag in Höhe von 26,43 Millionen Euro.

### ***Folie 17 (Investitionstätigkeit)***

Meine Damen und Herren,

die vorgesehene Investitionstätigkeit für das Haushaltsjahr 2025 ergibt im Saldo als zu finanzierenden „Eigenanteil“ investiv einen Betrag von 20,46 Millionen Euro. Die Investitionsschwerpunkte bzw. die Verteilung der Investitionen wurden Ihnen von Herrn Oberbürgermeister Dr. Meyer aufgezeigt.

### ***Folie 18 (Finanzierung Investitionstätigkeit)***

Die Finanzierung der vorgenannten Investitionstätigkeit werden wir wie folgt abbilden. Aus Zuweisungen, also Fördermitteln, Beiträgen erwarten wir insgesamt 3,42 Millionen Euro. Die Gesamtinvestitionssumme in Höhe von 23,88 Millionen Euro, gemindert um die vorgenannten und erwarteten Zuweisungen, ergibt schließlich den Bedarf an Investitionskrediten (Kreditaufnahme) in Höhe von 20,46 Millionen Euro

Da Verkaufserlöse dem Ergebnishaushalt zuzuführen sind, ergibt sich somit ein Bedarf zur Aufnahme von Investitionskrediten in Höhe von 32,23 Millionen Euro.

### ***Folie 19 (Schlussbetrachtung)***

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Ihnen heute vorgelegte Haushaltsentwurf weist einen deutlichen Jahresfehlbetrag aus.

Die Rahmenbedingungen für einen ausgeglichenen Haushalt der Kommunen sind denkbar schlecht und nicht hausgemacht. Dennoch haben wir uns nicht entmutigen lassen und alle Anstrengungen unternommen, um einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen um somit als Stadtverwaltung im Jahr 2025 handlungsfähig zu sein. In den kommenden Jahren werden hohe sechsstellige Beträge nötig sein, um die erforderlichen Investitionen in Bildung, Betreuungsangebote, Digitalisierung, Umwelt- und Klimaschutz, Mobilität und Gesundheitsversorgung –um hier nur einige Beispiele zu nennen – nötig sein. Darüber hinaus sind erhebliche Investitionen in den Erhalt der Infrastruktur zu stecken.

Ob wir nun als letztes – kreatives – Mittel der Wahl auf die Herausgabe von Notklippen zurückgreifen sollten, wie es unsere Alvorderen in Ermangelung verfügbaren Bargeldes bei der Belagerung der Stadt im Jahr 1623 taten, sei als ein humoristischer Beitrag am Ende meiner Haushaltsrede hingestellt. Die Bereitschaft zu kreativem Herangehen ist jedenfalls im Stadtvorstand und der Verwaltung – und ich denke auch bei Ihnen – vorhanden. Das beweisen die ernsthaften Bemühungen zur Konsolidierung im Kernhaushalt und im Stadtkonzern. Hier wurde in diesem Jahr und wird in den Folgejahren nochmals deutlich nachgelegt. Dennoch, gefordert bleiben nach wie vor Bund und Land, wenn es um die finanziell auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen geht.

Die Kommunen sind die Basis unserer Gesellschaft, unseres Miteinanders. Sie sind das Fundament unseres Staatswesens. Sie müssen handlungsfähig sein!

## **Folie 20 (Schluss)**

Meine Damen und Herren,

Im nun langsam ausklingenden Jahr möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, Eigenbetriebe und Konzerngesellschaften bedanken. Sie alle haben sich mit großem Engagement zum Wohle unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger eingesetzt. Dafür möchte ich Ihnen herzlich danken! Besonderen Dank möchte ich auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei richten, die in nahezu komplett neuer Zusammensetzung „Pionierarbeit“ geleistet haben und trotz des zunächst sich andeutenden gewaltigen Defizits sich nicht haben entmutigen lassen und gemeinsam mit den Fachbereichen den Haushaltsplanentwurf aufgestellt haben.

Danken möchte ich auch meinen beiden Kollegen im Stadtvorstand, Herrn Oberbürgermeister Dr. Nicolas Meyer und Herrn Bürgermeister Bernd Knöppel und Ihnen meine Damen und Herren im Stadtrat, in den Fachausschüssen, Ortsbeiräten und Beiräten für die stets gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ich wünsche Ihnen und uns allen – gerade an ernüchternden Tagen wie heute – die nötige Zuversicht, Mut, Vorausblick und Ausdauer auf unserem manchmal schwerfällig anmutenden Tanker „Stadt Frankenthal“. Lassen sie uns gemeinsam Kurs halten auf unserer Route zum Wohl der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!